

Braune Spione

Der Verfassungsschutz lässt Nazi-Verstrickungen aufarbeiten

MARTIN MÜHLFENZL

Berlin – Anfang der Siebzigerjahre ändert sich das Geschichtsbewusstsein. Plötzlich gibt es nicht mehr die Unterteilung in „anständiger Nazi“ und „unanständiger Nazi“. Die roten Linien verschieben sich und Biografien werden genauer unter die Lupe genommen: Ein Opfer dieses gewandelten Geschichts- und Unrechtsbewusstseins wird 1972 Hubert Schrübbers. Der Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz (BfV) muss nach anhaltender Kritik an seiner Rolle im Dritten Reich von seinem Posten zurücktreten; Schrübbers war bis 1943 als Staatsanwalt und Oberstaatsanwalt tätig. Seine Verwicklung in die NS-Justiz ist heute aufgearbeitet und bekannt. Im Gegensatz zu den meisten seiner Angestellten im Amt.

Die Behörde will dem nun entgegenwirken und hat die Historiker Constantin Goschler und Michael Wala von der Ruhr-Universität Bochum beauftragt, die Gründungsgeschichte des BfV und NS-Bezüge von Mitarbeitern zu erforschen. „Unabhängig“, sagt der amtierende Behördenleiter Hans-Georg Maaßen. „Es ist für uns wichtig, ob es Kontinuitäten zwischen Organisationen des Dritten Reichs und Organisationen der Bundesrepublik gab.“ Konkret soll untersucht werden, welche Mitarbeiter Mitglied der NSDAP, der SS und des Sicherheitsdienstes waren. Die Initiative des Verfassungsschutzes rührt auch daher, dass Institutionen wie der Bundesnachrichtendienst oder das Bundeskriminalamt diese Aufarbeitung in großen Teilen längst hinter sich gebracht haben. Sie ist überfällig.

Und sie trifft eine Organisation, die 1950 unter einer klaren Vorgabe der Alliierten gegründet wurde: Das Bundesamt dürfe keine zweite Gestapo werden; die Grausamkeiten der Nazi-Schergen dürften nicht noch einmal angewandt werden. „Es war klar, dass das Amt keine exekutiven Aufgaben übernehmen darf und Mitarbeiter sorgfältig ausgewählt werden müssen“, sagt Wala bei der Vorstellung des Zwischenberichts des Forschungsvorhabens „Organisationsgeschichte des BfV 1950 – 1975“. Bis zum Jahr 2014 wollen die Wissenschaftler ihre Arbeit abgeschlossen haben. Fest steht bereits jetzt, dass die angemahnte Sorgfalt bei der Auswahl der Mitarbeiter nicht immer berücksichtigt wurde.

Dies belegen zwei Fälle. Eine von „zwei Seilschaften ehemaliger NS-Leute“, die Wala und Goschler ausgemacht haben, bildeten Josef Baumer und Paul Opitz, beide Mitarbeiter des Reichssicherheitshauptamtes. Weitaus spektakulärer und für das Amt unangenehmer ist die Beschäftigung von Walter Odewald, der als Befehlshaber der Sicherheitspolizei im besetzten Frankreich an Deportationen von Juden beteiligt war. An ihm hielt die Führung des BfV bis 1959 fest, gleichwohl das Innenministerium eine Zusammenarbeit aufgrund seiner NS-Vergangenheit untersagt hatte.

„Dieses Verhalten ist typisch für die Anfangszeit der Bundesrepublik“, sagt Historiker Goschler. „Es herrschte oft die Meinung, dass der Aufbau von Geheimdiensten nur mit erfahrenen Kräften möglich sei – und dazu gehörten ehemalige Nazis.“

Dennoch kommen die Forscher zu erstaunlichen Ergebnissen. Nur bei etwa 13 Prozent aller vor 1928 geborenen Mitarbeiter des BfV konnte eine Mitgliedschaft in der NSDAP nachgewiesen werden. „Das ist gegenüber vergleichbaren Organisationen eine sehr niedrige Zahl“, sagt Goschler. „Aber es gab auch eine Reihe von freien Mitarbeitern, die unter falschem Namen zugearbeitet und Ende der Fünfzigerjahre eine Festanstellung bekommen haben.“ Damals endete allmählich die Kontrollaufsicht der Alliierten über das BfV; zudem verfehlte der erzwungene Rücktritt des ersten Behördenchefs Otto John 1954 seine Wirkung nicht. „John galt als Widerstandskämpfer und wirkte auf rechte Kreise abschreckend“, sagt Wala.

Kaum rekonstruieren lässt sich der tatsächliche Einfluss NS-belasteter Mitarbeiter. „Klar ersichtlich ist aber, dass es Versuche gegeben hat, Kollegen und ihre Vergangenheit zu decken. Und ja: Es gab Cliques. Vor allem in der Spionageabwehr“, sagt Wala. Lange Zeit – noch in den Fünfziger- und Sechzigerjahren – galt dies aber nicht als Skandal; skandalisiert wurden nur bekannte NS-Verbrecher. „Erst in den Siebzigerjahren haben sich die Akzeptanzschwellen verändert“, sagt Wala. „Plötzlich musste man sich wegen einer NSDAP-Mitgliedschaft ansprechen lassen. Die Öffentlichkeit interessierte sich dafür, wer Richter, Staatsanwalt oder Funktionär war.“ Den Behördenchef Schrübbers hat diese neue Wahrnehmung sein Amt gekostet. Jetzt erfolgt die komplette Aufklärung der Mitarbeiterstruktur.